



Grundsatzprogramm

Beschlossen auf dem 43. Bundesparteitag vom 21. November 2015 in Köln

I. Grundsätze

II. Frieden und Sicherheit

III. Inneres, Recht und Bildung

IV. Umwelt und Wirtschaft

V. Datenschutz

VI. Soziales

VII. Verbraucherschutz

I. Grundsätze

Die Liberalen Demokraten treten ein für

- Menschenwürde durch Selbstbestimmung
- Gleichberechtigung aller Menschen
- Fortschritt durch Vernunft
- Demokratisierung der Gesellschaft und
- Beteiligung aller Bürger am politischen Entscheidungsprozess
- Sicherung und Erweiterung der Bürgerrechte
- Vorurteilslosigkeit, Toleranz und Sachlichkeit im gesellschaftlichen Diskussionsprozess sowie Überschaubarkeit und Durchschaubarkeit der Strukturen und Prozesse in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen
- Schutz und Akzeptanz der Minderheiten
- Erhaltung bzw. Wiederherstellung der natürlichen Lebensgrundlagen
- Friedenssicherung durch Entspannung und Abrüstung
- Reform des Kapitalismus: Marktwirtschaft und Eigentum sind für sie Mittel zum Zweck der Wahrung und Mehrung menschlicher Freiheit und nicht Selbstzweck.

Wir wollen gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern politische Verantwortung übernehmen. Überzeugendes, aufrichtiges und am Gemeinwohl orientiertes Handeln soll auf politische Veränderungen Antwort geben und die notwendigen Entscheidungen voranbringen. Wir wollen vor allem rechtzeitig das Gespräch über politische Grenzen hinweg mit den Betroffenen führen, dabei auch eigene Positionen kritisch hinterfragen und Minderheiten anhören.

Herausragende Bedeutung haben uns bis heute jene liberalen Grundsätze, die in den Freiburger Thesen von 1971 niedergelegt sind.

II. Frieden und Sicherheit

Die Entspannungspolitik hat unser Leben sicherer gemacht. Sie ist Existenzgrundlage unseres Landes. Sie wurde von Liberalen entwickelt und durchgesetzt.

Im westlichen Bündnis muss das besondere Interesse Europas an Fortschritten zur Entspannung und Abrüstung mutig vertreten werden. Nachdem durch die 2+4 Verträge Deutschlands Souveränität hergestellt wurde, dürfen wir diese in Zukunft nicht gefährden.

Deutschland sollte eine atomwaffenfreie Zone sein.

Bewaffnung und Einsatz der Bundeswehr müssen auf reine Verteidigung umgestellt werden.

Out-of-area Einsätze (Auslandseinsätze) lehnen wir nach wie vor ab.

Ziel von Abrüstungsverhandlungen muss eine Welt frei von atomaren, biologischen und chemischen Waffen sein mit einer ausgewogenen Verminderung der konventionellen Rüstung. Herstellung, Erwerb und Einsatz von Massenvernichtungswaffen sowie von Geschossen mit angereichertem Uran und Anti-Personen-Minen müssen völkerrechtlich verboten werden.

Wir unterstützen jedes ernsthafte und ehrliche Eintreten für den Frieden.

Die unabhängige Friedens- und Konfliktforschung muss erhalten und weiter ausgebaut und werden.

Das der UNO übertragene Gewaltmonopol muss real umgesetzt werden.

Zwischenstaatliche Konflikte müssen ausschließlich von der UNO beigelegt werden, das gilt auch für innerstaatliche Bürgerkriege, wenn deren Ziele eine staatliche Unabhängigkeit vermuten lassen.

Dazu muss alles getan werden, das Veto-Recht der fünf alliierten Siegermächte des zweiten Weltkriegs zu streichen.

In Folge der Realisierung des UNO-Gewaltmonopols ist die Auflösung der Nato und die Reduzierung nationaler Armeen anzustreben.

III. Inneres, Recht und Bildung

Die hohen Ziele des Grundgesetzes sind in unserem Land noch lange nicht verwirklicht. Wir wollen das Grundgesetz in die Gesellschaft hineinragen.

Im Hinblick auf die von uns geforderte Gleichberechtigung der Frau begrüßen wir das Antidiskriminierungsgesetz und fordern die Reform des § 218 im Sinne der Fristenlösung.

Niemand darf in einer Demokratie wegen einer rechtmäßigen politischen Tätigkeit Nachteile erleiden. Die Regelung des Zugangs zum öffentlichen Dienst ist diesem Grundsatz anzupassen.

Ein der Zeit angemessenes Zuwanderungsgesetz ist weiter zu entwickeln und Integration zu fördern.

Das Recht auf Asyl darf nicht angetastet werden. Hilfen zur Erleichterung der freiwilligen Rückkehr dürfen nur ohne Druck angeboten werden. An Staaten, in denen die Missachtung der Menschenrechte sowie Verfolgung stattfinden, darf nicht ausgeliefert werden.

Die Definition "sicherer" Herkunftsstaaten lehnen wir ab, sie verletzt die Menschenrechte und bietet der Schlepperkriminalität neue Einnahmequellen.

Auf EU und UN Ebene muss vorrangig die Beseitigung von Kriegen, Armut, Hunger und Flucht betrieben werden.

Sicherheit ist kein Grundrecht, deshalb dürfen zu deren Verbesserung keine Grundrechte verletzt werden.

Minderheiten dürfen nicht benachteiligt werden.

Sondergesetze gegen sexuelle Minderheiten lehnen wir ab.
Neue Formen des Zusammenlebens sollen gleichwertige Chancen wie die alten erhalten.
Wir fordern die Möglichkeit der Eheschließung unabhängig vom Geschlecht der beteiligten Personen.

Gleiche und gute Bildungschancen für alle sind nicht nur Gebote von Freiheit und Gerechtigkeit, sondern nach wie vor auch die wichtigste Zukunftsinvestition und eine der wichtigsten Ressourcen unseres Landes. Der Staat hat insbesondere über Ausgleichsabgaben und Schaffung weiterer überbetrieblicher Ausbildungsstellen zu gewährleisten, dass für alle Schulabgänger ein zumutbarer Arbeitsplatz angeboten wird.

Mit Blick auf das generelle Recht auf Bildung lehnen wir den NC zur Vergabe von Studienplätzen ab. Kürzungen der Ausbildungsförderung lehnen wir ebenso ab wie die Gewährung als Darlehen. Für das Erststudium dürfen keine Studiengebühren erhoben werden.

Wir fordern die Gesamtschule als Regelschule, das flächendeckende Angebot der Ganztagschule und Bundeseinfluss bei den Unterrichtsinhalten.

Durch das persönliche Tempo zum Schulabschluss der Gesamtschule wird die Inklusion und Förderung Behinderter und Hochbegabter erleichtert oder sogar erst möglich.

Wir verweisen auf "Sozialliberale Bildungspolitik" (Beschluss 2013)

Wir halten eine Verschränkung von repräsentativer und direkter Demokratie für sinnvoll, nicht ein Gegen- oder Nebeneinander, sondern ein klar geregeltes Miteinander.

Der Staat muss eine Grundversorgung für alle sicherstellen für Wasser, Nahrung, Energie, Wohnraum, Transport und mediale Vernetzung.

IV. Umwelt und Wirtschaft

Mehrbelastungen der Umwelt und Mehrverbrauch an Energie und Rohstoffen können nicht mehr hingenommen werden; geboten sind vielmehr Entlastungen und Einsparungen. Das schränkt die Möglichkeiten für wirtschaftliches Wachstum erheblich ein. Ökologie ist Langzeitökonomie.

Zur Verbesserung der Umweltsituation fordern wir insbesondere:

- die Verschärfung der Wasserschutzbestimmungen und eine umfassende Gewässersanierung
- ein weltweites Verbot der Verklappung auf See
- eine Senkung der zulässigen Immissions- und Emissionswerte
- die Erhebung von Abgaben für den verbleibenden Schadstoffausstoß,
- ein wirksames Verkehrslärmschutzgesetz,
- die Verbandsklage,
- Umweltbilanzen zur Ermittlung der Kostenwahrheit und der Kostengerechtigkeit
- die allgemeine Gültigkeit des Verursacherprinzips ohne Ausnahmen

Durch eine konsequente Politik der Energieeinsparung und der verstärkten Förderung alternativer Energien wollen wir den Atomausstieg weiter vorantreiben.

Dezentrale Erzeugung, Speicherung und Nutzung regenerativer Energiewandlung (Wind, Solar) sollte stärker gefördert werden als großtechnische zentrale Erzeugung.

Der Ausstieg aus KKW und fossilen Energieträgern sollte marktwirtschaftlich nach dem Verursacherprinzip finanziert werden. (Rückforderung von Subventionen, Übernahme von Folgekosten).

Subvention nicht regenerativer Energiewandlung sollte nicht nur entfallen, sondern durch zusätzliche Abgaben für die verursachten Schäden ersetzt werden.

Alle Energieträger müssen kostentransparent in der Stromabrechnung aufgeführt werden.

Fossile Energieträger sollten auf mobile Nutzung beschränkt werden.

Nur regenerativ erzeugte Energie sollte an der Strombörse zugekauft werden.

Eine Politik, durch Gaben an die Unternehmer die Investitionen anzukurbeln und gleichzeitig den Haushalt zu Lasten der breiten Massen zu sanieren, lehnen wir als ungerecht und unwirksam ab. Eine solche Politik fördert allenfalls die Rationalisierungsinvestitionen, drosselt gleichzeitig den Verbrauch und vernichtet auf beiden Wegen weitere Arbeitsplätze.

Produktivitätsfortschritte sollen künftig vorrangig in Form von Arbeitszeitverkürzungen an die Arbeitnehmer weitergegeben werden. Das ist in erster Linie Aufgabe der Tarifparteien.

Die Arbeitszeitordnung ist zu novellieren.

Die Arbeitszeitregeln sollten so gestaltet werden, dass sie flexibel auf die Arbeitsplatzbedingungen angepasst werden können. Gleichzeitig sehen wir es als wichtiges sozialliberales Anliegen, die Selbstausbeutung von Arbeitnehmern zu verhindern.

Wir bekennen uns zur Weiterentwicklung von Mitbestimmung und Teilhabe der Arbeitnehmer in den Betrieben und Unternehmen. Dazu gehört die Beteiligung am Produktivvermögen.

Es muss das Verursacherprinzip bei Kosten für Ressourcen gelten.

Nachhaltige Nutzung der Ressourcen, nachhaltige Lebens- und Markt- und Arbeitsbedingungen und die soziale Abfederung für Arme und Schwache sind wichtige Grundlagen einer sozialliberalen Politik.

Wir fordern die Gleichbehandlung aller Verkehrsmittel (steuerlich, staatliche Infrastruktur) zur Förderung des ÖPV.

Auch in der Landwirtschaft sollten die Produktpreise marktwirtschaftlich begründet und bedingt sein. Staatliche Unterstützung sollte nicht produktbezogen, sondern ausschließlich auf den gesellschaftlichen Nutzen der Landwirtschaft bezogen werden (Umwelt, Landschaft).

Für die Euro-Gruppe sollten gemeinsame europäische Staatsanleihen (Eurobonds) möglich sein, für die der Anteil/die Nutzung je Land gedeckelt wird nach Rückzahlungsfähigkeit.

Es sollte keine staatliche Stützung des Finanzsektors geben und keine Kreditgarantien.

Das Risiko für Kredite und Spekulationen müssen allein die Finanzinstitute übernehmen.

Für die Euroländer ist eine Staatsinsolvenz zu definieren.

Für Einlagen und Kredite müssen maximale Verluste und minimale Gewinne garantiert werden, die durch Rücklagen und Rückversicherungen abgesichert sind.

V. Datenschutz

Personenbezogene Daten sind und bleiben Eigentum der jeweiligen Person, die alle Rechte an den Daten hat.

Die über eine Person gespeicherten Daten müssen wie bei Geldkonten aufwandfrei von der jeweiligen Person jederzeit eingesehen werden können.

Die Inhalte dürfen jederzeit angefochten werden. Der Dateneigentümer kann eine Korrektur verlangen, die der Datenhalter nur auf Grund von ihm vorgelegter Beweise durch Gerichtsbeschluss verweigern kann.

Änderung und Auswertung der Daten müssen mit Inhalt oder Ergebnis der jeweiligen Person angezeigt werden.

Eine Weitergabe der Daten muss von der betroffenen Person im Einzelfall genehmigt und dann vom Empfänger bestätigt werden.

Daten dürfen niemals freier gehandhabt werden als andere Eigentumswerte.

Datenerwerb, -speicherung, -änderung oder -auswertung ohne ausdrückliche Zustimmung im Einzelfall muss strafbar sein.

Durch die Datenkontoauszüge ist jede Erstveröffentlichung dokumentiert, so dass jederzeit Copyrights belegt werden können.

Es ist anzustreben, rechtlich bedenkliche soziale Medien durch bessere zu verdrängen, die europäische Persönlichkeitsrechte schon durch ihre Struktur sicherstellen.

Eine zensierende Medienüberwachung lehnen wir ab.

VI. Soziales

Bedingungsloses Grundeinkommen (bGE)

Wir sind eine der wenigen, wenn nicht die einzige Partei, die nicht in der Vollerwerbsbeschäftigung das Heil aller Dinge, die Lösung für alle Probleme sieht.

Auch bei anhaltender oder zunehmender Erwerbsarbeitslosigkeit müssen Lösungen greifen.

Unsere Lösungsvorschläge sind daher vielfältig, nachhaltig und sozial, weil wir davon ausgehen, dass die Erwerbsarbeitslosigkeit im heutigen Sinne in den nächsten Jahrzehnten massiv zunehmen wird.

Unser wesentlicher Lösungsvorschlag ist das bedingungslose Grundeinkommen, das alle Sozialtransfers ersetzt, das für alle gleich ist ohne bürokratische Nachweise oder Kontrollen, bei dem es keine Anrechnungen gibt. Also erhöht jeder hinzu verdiente Betrag das Einkommen.

Das hat den Nebeneffekt, dass der Bedarf, Erwerbsarbeit anzunehmen, abnehmen wird und Arbeitgeber schon etwas bieten müssen, um einen Arbeitnehmer zu finden.

Auch die Bürokratie wird massiv reduziert.

Die Sicht auf viele Themen und die möglichen Lösungen ändert sich dadurch radikal.

Die Finanzierung des bGE wird gesichert durch

- Entfall aller Sozialtransfers
- Ausgleich bei hohen Steuern und hoher Rente
- Wegfall rentenfremder Leistungen durch Sozialversicherungen
- Abbau der Bürokratie
- vermehrten Steuereinnahmen mindestens durch MWSt

Das bGE ist steuerfrei und ermöglicht die Deckung des Grundbedarfs.

Sozialversicherung

Wir fordern eine Bürgerrentenversicherung ohne Beitragsbemessungsgrenze, die für jeden verpflichtend ist, die durch zusätzliche Einzahlungen auch die staatlichen Pensionszusagen und Betriebsrenten übernimmt.

Es sollte kein festes Renteneintrittsalter mehr geben, sondern den persönlich gewählten Renteneintritt nach Erreichen eines Sockelbetrags mit einer Rente nach Einzahlung (Punktesystem) und Lebenserwartung

Gesundheit

Wir fordern eine Bürgerkrankenversicherung ohne Beitragsbemessungsgrenze, die für jeden verpflichtend ist, und die auch die Pflege und die Sterbehilfe umfasst.

Die Pflege und die Sterbehilfe müssen unteilbarer Bestandteil der lebenslangen Gesundheitsfürsorge sein.

Familie

Die Liberalen Demokraten folgen der Aussage „Kinder sind unsere Zukunft“ und weisen aus diesem Grunde der Familien- und Jugendpolitik einen hohen Rang zu. Sie gehen dabei von einem grundsätzlichen Vertrauen in die nachfolgenden Generationen aus und begrüßen den diese Generationen begleitenden möglichen Wandel.

Wir verweisen auf "FAMILIE - das Fundament der Zukunft" (Beschluss 2013)

Gesellschaftlicher Umgang mit Rauschgiften

Die Liberalen Demokraten stellen fest, dass der Umgang mit Rauschgiften in Deutschland keinen rationalen Regeln unterliegt.

Alkohol und Nikotin dürfen, obwohl ihre Gefährlichkeit seit langem bekannt ist, als gesellschaftlich akzeptierte Drogen selbst im Übermaß konsumiert werden, weil sie in Europa zu guter alter Tradition geworden sind.

Für den Menschen sind alle Substanzen, ob legal oder illegal, auf lange Sicht gleich gut bzw. schlecht. Der Organismus entscheidet nicht auf Grundlage der rechtlichen Legalität einer Substanz, ob er von ihr geschädigt wird oder nicht.

Wir wollen getreu unseren sozialliberalen Grundsätzen, Hilfe und Therapie an Stelle von gesellschaftlicher Ausgrenzung, strafrechtlicher Verfolgung und Bestrafung setzen und unterstützen auf diesem Wege die Arbeit des von Ärzten und Wissenschaftlern geschaffenen Schildower Kreises (www.schildower-kreis.de).

Alle Rauschgifte müssen transparent rechtlich gleichartig behandelt werden.

Beim Konsum muss die freie Entscheidung Volljähriger immer Vorrang haben.

Die Liberalen Demokraten fordern eine endgültige Entkriminalisierung und somit die Legalisierung aller Drogen.

Das Drogenangebot darf nicht der organisierten Kriminalität überlassen bleiben.

Wir verweisen auf "Sozialliberale Reform des staatlichen und gesellschaftlichen Umgangs mit Rauschgiften" (Beschluss 2012)

VII. Verbraucherschutz

Ablehnung von Handelsabkommen, die freie Entscheidungen von Parlamenten beeinflussen oder verhindern können (TTIP).

Reduzierung von EU-Regelungen. Beschränkung auf Normen, wo Kompatibilität sinnvoll oder notwendig ist.

Transparenz von Herkunft, Herstellung, Lagerung und Transport von Waren (Ökobilanz).

In Versicherungsfällen muss die Beweislast bei den Versicherungen liegen. Versicherungen sollten immer in Vorleistung gehen müssen.

Der straf- oder zivilrechtliche Haftungs-/Verursacher-Nachweis muss immer nachrangig sein, und muss durch die Versicherungen erfolgen. Für die Begutachtung und Minimierung eines Schadens muss immer eine kurze Frist gelten, ansonsten geht eine Beweisminderung oder Schadenserhöhung zu Lasten der Versicherung.